

**Leitlinien der US-amerikanischen
Entwicklungspolitik im *Washington*
Consensus der frühen 1990er Jahre**

Hausarbeit im Rahmen des Hauptseminars US-Außenwirtschaftspolitik
am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin,
Sommersemester 2001,
Dr. Welf Werner

von
Arnd Plagge

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Die Entstehung des Washington Consensus.....	2
3. Die Maßnahmen des Washington Consensus.....	3
3.1 Zehn Maßnahmen für den wirtschaftlichen Erfolg.....	3
3.2 Leitlinien der amerikanischen Wirtschaftspolitik im Washington Consensus	5
3.2.1 <i>Freie Märkte</i>	6
3.2.2 <i>Solide Geldpolitik</i>	8
3.3 Bewertung der Maßnahmen	9
4. Die Verwandlungen des Washington Consensus in den 1990er Jahren.....	11
4.1 Erste Ergebnisse des Washington Consensus.....	11
4.2 Neue Herausforderungen und Aspekte.....	12
5. Der Washington Consensus im Jahr 2001.....	16
A. Literaturverzeichnis.....	18

1. Einleitung

Kein anderes Schlagwort hat die Diskussion um die wirtschaftliche Entwicklung und Unterentwicklung von Volkswirtschaften in den 1990er Jahren mehr geprägt als der 1990 vom Ökonomen John Williamson geprägte Begriff „Washington Consensus“.¹ Auch heute, mehr als zehn Jahre später, ist das Interesse am Washington Consensus in der Literatur noch nicht nennenswert abgeflacht, auch wenn sich die US-amerikanische Entwicklungspolitik faktisch mittlerweile von vielen seiner ursprünglichen Inhalte weit entfernt hat. Die Frage, wie der Begriff, der erstmals im Rahmen eines Aufsatzes über die wirtschaftliche Situation Lateinamerikas niedergeschrieben wurde, zu solch großer Bekanntheit und Verbreitung gelangen und über ein Jahrzehnt hinweg Zündstoff für Diskussionen liefern konnte, soll in dieser Arbeit als Ausgangspunkt für eine umfassende Darstellung des Konsenses und der nachfolgend daran geäußerten Kritik dienen. Von besonderem Interesse ist dabei, wie die im Konsens enthaltenen Leitlinien der amerikanischen Entwicklungspolitik zu Beginn der 1990er Jahre aus ökonomischer Sicht zu beurteilen sind.

Diese Arbeit geht in Kapitel 2 zunächst auf die Entstehungsgeschichte und die Rahmenbedingungen für die Herausbildung eines Washington Consensus ein. Besonderes Augenmerk liegt dabei darauf, wie Williamson seine Aussagen begründet hat und verstanden sehen wollte. Nachfolgend werden in Kapitel 3 die zehn im Konsens enthaltenen Maßnahmen aus volkswirtschaftlicher Sicht kurz dargestellt und auf theoretischer und empirischer Ebene kritisch hinterfragt. Bezugnehmend auf die Darstellungen werden dabei auch die groben Leitlinien der US-amerikanischen Entwicklungspolitik zu Beginn der 1990er Jahre herausgearbeitet. Kapitel 4 greift die ursprünglichen Inhalte des Washington Consensus auf und stellt zum einen erste Ergebnisse dar, die durch die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Konsens in lateinamerikanischen Staaten erzielt wurden. Zum anderen wird betrachtet, welche neuen Aspekte und Herausforderungen die US-amerikanische Entwicklungspolitik nach 1990 entscheidend beeinflusst haben. Ein Hauptaugenmerk liegt in diesem Abschnitt auf der Darstellung der vielfältigen Kritik am Washington Consensus, die im Laufe der 1990er Jahre formuliert wurde. Kapitel 5 schließlich stellt die Frage, ob die Ideen des Washington Consensus im Jahr 2001 noch immer aktuell sind und wie der Konsens rückblickend zu bewerten ist.

¹ Broad und Cavanagh (1999: 1f.), Krugman (1995: 28), Meurs (2000: 461)

2. Die Entstehung des Washington Consensus

Der Begriff „Washington Consensus“ wurde von Williamson wie bereits erwähnt im Jahre 1990 erstmals schriftlich festgehalten.² Er versuchte, unter diesem Begriff all die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu subsumieren, die sich in der Folge der Schuldenkrise ab August 1982 bei den in Washington ansässigen Organen zur Stabilisierung und wirtschaftlichen Förderung Lateinamerikas als konsensfähig herausgestellt hatten. Die 1980er Jahre, die viele Beobachter als ein für Lateinamerika verlorenes Jahrzehnt beschreiben, hatten deutlich werden lassen, daß die bis dahin in zahlreichen Ländern verfolgte Politik der wirtschaftlichen Abschottung gegenüber dem Ausland – die sich vornehmlich in der Idee einer Industrialisierung durch Import-Substitution widerspiegelte – nicht zu einem nennenswerten nachhaltigen Wirtschaftswachstum und höherer Prosperität führen würde.

Da auch in den USA die mißliche Situation der südlichen Nachbarn schnell erkannt wurde, lagen hier bereits früh Pläne für tiefgreifende wirtschaftspolitische Reformen in Folge der Schuldenkrise auf den Konferenztischen. Erst Williamson war es jedoch, der 1990 die Courage aufbrachte, die Vielzahl der Stimmen in Washington zusammenzuführen und so zehn Aspekte herauszustellen, über die so einflußreiche Institutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die US-Regierung weitgehend einer Meinung waren. Williamson (1990c: 7) grenzte dabei den Begriff „Washington“ wie folgt ab: „The Washington of this paper is both the political Washington of Congress and senior members of the administration and the technocratic Washington of the international financial institutions, the economic agencies of the US government, the Federal Reserve Board, and the think tanks.“ Wie sich schnell herausstellte, war die Einigkeit über notwendige und sinnvolle Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung Lateinamerikas in Washington jedoch weitaus geringer, als dies durch den Begriff „Washington Consensus“ impliziert wird. Einerseits formierte sich schnell Widerstand gegen die zehn Prinzipien des Konsenses und andererseits begann eine bis heute andauernde Diskussion über die Auslegung und Bedeutung der einzelnen Punkte.

Als aufschlußreich erweist sich ein Blick auf die Absichten, die Williamson mit seinem Aufsatz verfolgte. Er betont: „The 10 topics around which the paper is organized deal with *policy instruments* rather than objectives or outcomes.“³ Ziel seiner Ausführungen war „to elicit comment on both the extent to which the views identified *do* indeed command a consensus and on whether they *deserve* to command it.“⁴ Die enorme Resonanz, die seine Ausführungen erfahren haben, war ihm dabei 1990 sicher noch nicht vorstellbar.

² Williamson (1990c)

³ Williamson (1990c: 7, Hervorhebung im Original)

⁴ ebenda, Hervorhebungen im Original

3. Die Maßnahmen des Washington Consensus

3.1 Zehn Maßnahmen für den wirtschaftlichen Erfolg

Williamson identifiziert in seinem Aufsatz zehn Grundsätze als weitgehend konsensfähig in bezug auf notwendige Wirtschaftsreformen in Lateinamerika. Die nachfolgenden Maßnahmen sieht er dabei als notwendige Vorbedingungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung an, nicht als hinreichende Kriterien. Im einzelnen handelt es sich bei den Maßnahmen um:⁵

1. Fiskalische Disziplin etablieren („Fiscal Deficits“)

Anhaltende, große Haushaltsdefizite tragen zu Inflation und Kapitalflucht bei, so daß eine jährliche Nettoneuverschuldung von mehr als 1 bis 2% des BIP pro Jahr von vornherein als ein Scheitern politischer Maßnahmen ausgelegt werden kann.

2. Neue Prioritäten bei öffentlichen Ausgaben setzen („Public Expenditure Priorities“)

Eine Ausnahme von den strengen Maßstäben aus 1. kann dann gemacht werden, wenn ein größeres Defizit dadurch zustande kommt, daß für das langfristige Wirtschaftswachstum besonders förderliche Investitionen getätigt werden. Die Bereiche, in denen Investitionen vorrangig als nützlich angesehen werden, sind Bildung – besonders im Bereich *primary education* –, das Gesundheitswesen – zu denken ist hierbei an eine medizinische Grundversorgung für alle sowie Impfungen – und Infrastrukturmaßnahmen, wie z.B. der Bau von Verkehrswegen oder Kraftwerken. Öffentliche Ausgaben sollten allerdings nicht dazu dienen, wahllos Subventionen zu gewähren, ganz besonders nicht an defizitäre Staatsbetriebe.

3. Steuerreformen durchführen („Tax Reform“)

Als erstrebenswert wird in diesem Bereich die Besteuerung einer möglichst breiten Basis bei moderaten Spitzensteuersätzen erachtet.

4. Marktbestimmte Zinssätze einführen („Interest Rates“)

Die heimischen Zinssätze sollten zum einen marktbestimmt sein und zum anderen leicht positiv, um so einer Kapitalflucht vorzubeugen.

5. Einen wettbewerbsfähigen Wechselkurs festlegen („The Exchange Rate“)

Um eine Exportstrategie verfolgen zu können, muß der Wechselkurs der heimischen Währung „konkurrenzfähig“ – sprich: hinreichend niedrig – sein, um Exporte zu begünstigen. Die Festlegung eines solchen Wechselkurses sollte zum einen so erfolgen, daß das Wachstumspotential der Exportindustrien voll ausgeschöpft wird, während gleichzeitig ein noch niedrigerer Wechselkurs nicht angestrebt werden sollte, da das daraus folgende

⁵ Die nachfolgenden, stark vereinfachten Ausführungen beruhen sämtlich auf Williamson (1990c: 8-17).

Zahlungsbilanzdefizit ansonsten zu Inflationsdruck und abnehmendem inländischen Sparvolumen führen würde. Williamson (1990c: 14) hebt die zentrale Stellung des Wechselkurses für die Länder Lateinamerikas wie folgt hervor: „There is a very strongly held conviction in Washington that outward orientation and expanding exports [...] are necessary for Latin American recovery.“

6. Handelsliberalisierungen vornehmen („Trade Policy“)

Ebenso wie der Wechselkurs nimmt der Abbau der tarifären Handelshemmnisse im Gefüge des Washington Consensus eine zentrale Rolle bei der Exportförderung ein. Ein Abbau von Importzöllen wird allgemein als begrüßenswert angesehen, auch wenn Zollsätze von 10 bis 20% als weiterhin tolerabel gelten. Halbfertigprodukte hingegen sollten generell nicht mit Zöllen belegt werden, da diese oft als Grundlage für spätere Exporte dienen. Im Sinne des „*infant-industry*“-Arguments ist auch ein Zollschutz bestimmter Wirtschaftszweige nach wie vor denkbar, wobei jedoch auf die Einhaltung einer strikten zeitlichen Begrenzung zu achten ist.

7. Ausländische Direktinvestitionen anregen („Foreign Direct Investment“)

Während eine weitgehende Kapitalverkehrsliberalisierung nicht als Priorität angesehen wird, gilt die Beschränkung langfristiger ausländischer Direktinvestitionen (FDI) als nachteilig. Die Vorteile, die sich die lateinamerikanischen Länder von ausländischen Direktinvestitionen versprechen können, sind in erster Linie ein Know-how-Transfer, mehr Wettbewerb, ein allgemein höheres Investitionsniveau und letztlich eine höhere Effizienz der heimischen Märkte. Williamson verweist hierbei auf die Möglichkeit zu *debt-equity swaps*, durch die zum einen die Auslandsverschuldung abgebaut und zum anderen die Direktinvestitionstätigkeit ausländischer Kapitalgeber erhöht werden könnte. Einen Konsens kann er hierfür allerdings nicht ausmachen, da sich u.a. der IWF in diesem Bereich eher skeptisch zeigte.

8. Privatisierungen durchführen („Privatization“)

Als Hauptgrund für die Forderung nach einer Privatisierung von Staatsbetrieben kann die Vorstellung genannt werden, private Unternehmen seien effizienter. Dabei wird die Untergrenze der potentiellen Ineffizienz privater Unternehmen durch die Gefahr eines Konkurses vorgegeben, während staatliche Unternehmen über Jahrzehnte hinweg defizitär wirtschaften können und dabei nur durch Subventionen aus Steuergeldern am Leben erhalten werden.

9. Die Wirtschaft deregulieren („Deregulation“)

Eine weitere Möglichkeit zur Förderung von Wettbewerb ist die Deregulierung der Wirtschaft. In bezug auf Lateinamerika wird besonders die Gefahr von Korruption, die durch die zahlreichen Regulierungsvorschriften – von denen viele auf von Fall zu Fall neu zu entscheidenden Regelungen basieren – eröffnet wird, als kritisch angesehen. Besonders kleinere Unternehmen haben dabei oft keine Möglichkeiten, die staatlichen Stellen in ihrem Sinne zu beeinflussen und so in Konkurrenz zu den Großunternehmen zu treten.

10. Auf die Einhaltung von Eigentumsrechten bestehen („Property Rights“)

Auch wenn Williamson zufolge die Eigentumsrechte in den Gedankengängen der in Washington ansässigen Institutionen keine vorrangige Rolle spielen, da sie in den USA als selbstverständlich angesehen werden, kommt diesem Punkt im lateinamerikanischen Kontext sehr wohl eine zentrale Rolle zur Förderung der Wirtschaft zu. Nur mit sicheren, durchsetzbaren Eigentumsrechten ist ein Umfeld gegeben, in dem Sparen und Investieren attraktiv erscheint.

3.2 Leitlinien der amerikanischen Wirtschaftspolitik im Washington Consensus

Williamson (1990c: 19f.) selber faßt die zehn zentralen Punkte seiner Arbeit wie folgt zusammen: „A striking fact about the list of policies on which Washington does have a collective view is that they all stem from classical mainstream economic theory [...]. None of the ideas spawned by the development literature—such as the big push, balanced or unbalanced growth, surplus labor, or even the two-gap model—plays any important role in motivating the Washington consensus“. Es ist in der Tat erstaunlich, wie die groben Leitlinien des Washington Consensus den Modellannahmen gängiger Lehrbücher der Volkswirtschaft folgen. Die Forderungen nach stabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen bei weitgehendem staatlichen Minimalismus mit einhergehender Deregulierung und Privatisierung der Wirtschaft, die Betonung der Bedeutung wirtschaftlicher Öffnung und die verlangte Förderung von Exportstrategien ließen sich ohne weiteres auf jedes Industrieland der Welt einschließlich der Vereinigten Staaten übertragen. Damit kommt aber zugleich die Frage auf, ob die angemahnten Schritte selber, die Beschränkung auf wirtschaftliche Maßnahmen und besonders auch der „*one size fits all*“-Ansatz des Washington Consensus tatsächlich ein vielversprechender und gangbarer Entwicklungsansatz für Lateinamerika sein kann, oder zumindest zu Beginn der 1990er Jahre sein konnte. Nachfolgend wird zur Bewertung dieser Fragen die theoretische und empirische Gültigkeit der Empfehlungen

losgelöst vom konkreten Fall Lateinamerikas in den 1990er Jahren näher betrachtet und bewertet.

In Anlehnung an Krugman (1995: 29) wird im folgenden nicht jeder der zehn Punkte einzeln untersucht, sondern eine gröbere Aufteilung in zwei Gruppen unternommen, nämlich zum einen in den Bereich freie Märkte („free markets“) – hier verstanden als nach außen offene Märkte – und zum anderen in den Bereich solide Geldpolitik („sound money“).

3.2.1 Freie Märkte

Die Überzeugung, daß Freihandel für das wirtschaftliche Wohlergehen und Wachstum eines Staates besonders förderlich ist, hat eine lange Tradition. Schon Adam Smith und David Ricardo haben im späten 18. bzw. frühen 19. Jahrhundert auf die Vorteile des Handels zwischen Nationen verwiesen. Auch heute noch findet sich in den gängigen Lehrbüchern zum internationalen Handel stets eine ausführliche Darstellung der Vorteile des Freihandels.⁶ Wenig Erwähnung findet hingegen der Umstand, daß die Nachteile, die einer Volkswirtschaft durch protektionistische Maßnahmen entstehen, gängigen Schätzungen zufolge im Bereich von maximal rund 5% des BIP liegen.⁷ Das Wachstum, das sich aus einer Liberalisierung der Märkte ergeben würde, beläuft sich demzufolge auf einmalig bis zu 5% des BIP – ein Wert, den z.B. Südkorea in den 1960er und 1970er Jahren jedes Jahr mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 8,4% deutlich überbieten konnte.⁸ Wie also erklärt sich die optimistische Stimmung, die die Verkündung von Reformen und der Schwenk hin zu freien Märkten oft aufkommen läßt? In erster Linie könnte man an weitere analytische Konstrukte denken, die die Hoffnung auf ein stärkeres Wirtschaftswachstum rechtfertigen könnten, so etwa eine gesteigerte Effizienz auch innerhalb der heimischen Märkte. Diese Argumente sind jedoch theoretisch nach wie vor stark umstritten, so daß letztlich nur die Möglichkeit bleibt, auf empirische Daten zu bauen.

Gould und Ruffin (1995: 443) führen im Rahmen einer empirischen Untersuchung an, daß Länder mit liberalen Außenhandelsregelungen und einer hohen Alphabetisierungsrate auf ein durchschnittliches zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,65 bis 1,72 Prozentpunkten pro Jahr gegenüber den vergleichsweise geschlossenen Volkswirtschaften verweisen können. Neuere Untersuchungen, wie die von Edwards (1997), kommen zu dem Er-

⁶ Vgl. etwa die Darstellungen zum internationalen Handel in Caves et al. (1999) sowie Krugman und Obstfeld (2000). Hierbei sei angemerkt, daß bspw. Caves et al. (1999: 51f.) durchaus auch darauf verweisen, daß sich eine Handelsliberalisierung aus theoretischer Sicht in Extremfällen für ein relativ kleines Land ebenso nachteilig auswirken kann. Dieses Phänomen ist als „immiserizing growth“ bekannt.

⁷ Krugman (1995: 31f.)

⁸ Ariff und Khalid (2000: 59f.)

gebnis, daß in offenen Volkswirtschaften die totale Faktorproduktivität stärker ansteigt als in geschlossenen. So gerne man diesen Ergebnissen Glauben schenken möchte, so sehr sind sie doch auch umstritten. Neben die Frage, wie geschlossene bzw. offene Volkswirtschaften voneinander abgegrenzt werden können, tritt auch das Problem der möglichen umgekehrten Kausalität. Vielleicht wachsen die offenen Volkswirtschaften gar nicht deshalb schneller, weil sie weitgehend freie Märkte haben, sondern weisen weitgehend freie Märkte auf, gerade weil sie wachstumsstark sind.⁹

Eine der umfangreichsten Darstellungen des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und Handelsbarrieren findet sich bei Rodrik (1999). Im Rahmen einer ökonometrischen Analyse wird hier aufgezeigt, daß der Zusammenhang zwischen der Offenheit einer Volkswirtschaft und deren Wachstum statistisch in den letzten Jahrzehnten kaum bedeutend war: „[T]here is only a weak correlation over [the period 1975-1994] between economic growth and indicators of openness. Whether based on tariff and nontariff restrictions or on trade volumes, none of these measures of trade openness exhibit a statistically significant relationship with growth“.¹⁰ Rodrik (2001: 60) stellt darüber hinaus fest: „If anything, the evidence for the 1990s indicates a positive relationship between import tariffs and economic growth.“

Ein anderer Bereich, der nachhaltig das Wirtschaftswachstum in einem Land positiv beeinflussen kann, sind ausländische Direktinvestitionen. Während in der Literatur die Sicht weit verbreitet ist, daß FDI zu einem Technologietransfer, verbessertem Zugang zu Marketingkanälen, besseren Managementpraktiken und verbesserter Ausbildung führt, ist auch in diesem Bereich die empirische Evidenz sehr schwach.¹¹ Die tatsächlich beobachtbaren positiven *spill-overs* auf die inländische Wirtschaft sind bestenfalls gering, so daß Rodrik (1999: 37) festhält: „The rule of thumb for DFI [direct foreign investment], as with exports, should be this: Absent hard evidence to the contrary, one dollar of DFI is worth no more (and no less) than a dollar of any other kind of investment.“

⁹ Rodrik (2001: 60) führt genau diese Sichtweise an: „The only clear pattern is that countries dismantle their trade restrictions as they grow richer. This finding explains why today’s rich countries, with few exceptions, embarked on modern economic growth behind protective barriers but now display low trade barriers.“ Für eine umfassende Kritik der Literatur zum Zusammenhang zwischen liberalen Außenhandelsregimen und Wirtschaftswachstum siehe eine frühere Arbeit von Edwards (1993).

¹⁰ Rodrik (1999: 137)

¹¹ Siehe Rodrik (1999: 37) für eine knappe Darstellung einiger Studien zu diesem Thema.

3.2.2 Solide Geldpolitik

Während die zu erwartenden zukünftigen Wachstumsraten einer Volkswirtschaft aufgrund einer Liberalisierung der Warenmärkte bereits deutlich niedriger als vielfach angenommen sind, können sich reformwillige Länder von einer soliden Geldpolitik im Sinne des Washington Consensus noch viel weniger langfristige Wachstumsimpulse erwarten. Eine „solide Geldpolitik“ bedeutete in Zusammenhang mit Lateinamerika zu Beginn der 1990er Jahre vor allem die Bekämpfung der Inflation. Während niemand ernsthaft bezweifelt, daß die drei- oder vierstelligen Inflationsraten, die in lateinamerikanischen Staaten in den 1980er und teilweise 1990er Jahren nur allzu häufig waren, die Wirtschaft nachhaltig schädigen und bspw. Investitionstätigkeiten praktisch zu einem Glücksspiel verkommen lassen, so findet sich in der Literatur ebensowenig Evidenz dafür, daß die Inflationsrate nahe Null liegen sollte. Fundierte Analysen sehen eine Inflation von 20% als gesamtwirtschaftlich kaum bedenklich an,¹² während einige Maßnahmen, die zur Erreichung eines stabilen Preisniveaus geführt haben können, durchaus Nachteile aufweisen. Krugman (1995: 33f.) verweist darauf, daß einige Länder, die lange mit hohen Inflationsraten zu kämpfen hatten, durch die Einführung eines festen Wechselkurses versucht haben, den Preisanstiegen Herr zu werden.¹³ Problematisch hierbei ist vor allem, daß ein solches Vorgehen oft mit dem Ziel eines konkurrenzfähigen Wechselkurses kollidiert, da die Inflationsrate in aller Regel nicht sofort stark zurückgeht, so daß letztlich die Preise im Inland deutlich höher liegen als im Ausland, wodurch der zunächst als konkurrenzfähig angesehene Wechselkurs in der Folge weiter nach unten revidiert werden müßte. Bereits hieran wird deutlich, wie schwierig es ist, die Vorgaben des Washington Consensus miteinander in Einklang zu bringen, ganz abgesehen davon, daß kaum ein Entwicklungsland langfristig erfolgreich einen festen Wechselkurs etwa gegenüber dem US-Dollar aufrechterhalten kann. Kommt es zu ständigen Anpassungen, so stellt sich die Frage, ob nicht von vornherein ein freier Wechselkurs zu bevorzugen gewesen wäre.

Kritisch anzumerken ist ebenfalls, daß auch der Ruf nach einem moderaten positiven Zinssatz weder in bezug auf das Sparverhalten im Inland noch auf die Kapitalflucht eine

¹² Siehe für einen umfassenden Überblick zu diesem Thema Cross und Strachan (2001: 188-194). Sie verweisen auf zwei Untersuchungen, die zeigen, daß eine stabile, positive Inflationsrate positive Auswirkungen auf die Effizienz der Arbeitsmärkte hat und Fehlallokationen von Humanressourcen entgegenwirken kann (Cross und Strachan 2001: 193). In World Bank (2000: 63) wird der Fall der durchschnittlichen Inflationsrate in Entwicklungsländern von rund 15% zu Beginn der 1980er Jahre auf durchschnittlich 7% 1997 nichtsdestotrotz als „encouraging indicator“ dargestellt.

¹³ Dies ist etwa bei Argentinien der Fall gewesen, das im Rahmen des „Ley de convertibilidad“ in den 1990er Jahren seine Landeswährung, den Argentinischen Peso, per Gesetz fest an den Dollar gekoppelt hat.

erfolgsversprechende Antwort sein konnte.¹⁴ Bei Zinssätzen auf den internationalen Kapitalmärkten von 4 bis 5% im Jahr 1989 hätte ein leicht positiver Zinssatz im Inland eine Kapitalflucht kaum verhindern können, zumal das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Lateinamerika ebenfalls weit unter diesem Niveau lag.¹⁵ Fry (1997: 768) verweist noch auf ein anderes Problem: „If government expenditure cannot be reduced or traditional tax revenue increased, abandoning financial repression may lead to an explosion in government debt, economic instability, and lower economic growth.“ Die sogenannte „*inflation tax*“, durch die der Staat bei einem negativen Realzins seine Verschuldung abbauen kann, muß also u.U. zunächst einmal als notwendiges Übel in Kauf genommen werden, da ein abrupter Verzicht auf diese indirekte Einnahmequelle potentiell noch größere Nachteile in Form einer Wirtschaftskrise nach sich zieht. Ein weiterer, oft übersehener gesamtwirtschaftlicher Vorteil eines Zinssatzes für Spareinlagen unter dem Marktniveau liegt darin, daß es bei einem solchen zu einer Umverteilung von Einkommen von den Haushalten hin zu Firmen und Banken kommt, was letztlich zu einem höheren Wachstum führen kann und mithin ein Argument gegen marktbestimmte, leicht positive Zinssätze ist.¹⁶

3.3 Bewertung der Maßnahmen

Die Schlußfolgerungen, die sich bei Betrachtung der theoretischen Gegenargumente und der empirischen Evidenz in bezug auf die Leitlinien des Washington Consensus anbieten, faßt Krugman (1995: 35) knapp zusammen: „Trade liberalization and other moves to free up markets are almost surely good things, but the idea that they will generate a growth takeoff represents a hope rather than a well-founded expectation. Bringing down inflation is also a good thing, but doing so by fixing the exchange rate brings a mixture of benefits and costs, with the arguments against as strong as the arguments for.“

¹⁴ Daß ein höherer (positiver) Zinssatz aus theoretischer Sicht nicht eindeutig zu einem erhöhten Sparvolumen führt, zeigen Dornbusch und Reynoso (1993: 69) auf, indem sie in erster Linie darauf verweisen, daß bei einem Anstieg des Zinsniveaus Einkommens- und zugleich entgegengerichtet wirkende Substitutionseffekte auftreten, die sowohl zu einer Zu- als auch zu einer Abnahme des Sparvolumens führen können. Empirisch ließ sich in Südkorea beobachten, daß selbst bei negativem Realzins das Sparvolumen der privaten Haushalte nicht zurückging. Einer Kapitalflucht ins Ausland wurde dabei durch gesetzliche Beschränkungen des Kapitalverkehrs entgegengewirkt.

¹⁵ Williamson (1990a: 36)

¹⁶ Vgl. Williamson und Mahar (1998: 64) sowie World Bank (1993: 238-239). In diesem Punkt widerspricht sich Williamson im Rahmen der acht Jahre nach dem Aufsatz über den Washington Consensus erschienenen Studie also selbst. Er geht sogar noch weiter und hält fest: „But even if one is not convinced that a permanent ceiling on the deposit rate would make sense, a temporary ceiling—maintained until such time as a free market [...] can be relied on to compete interest spreads down—would seem to offer the most helpful safeguard against the development of a financial crisis.“ (Williamson und Mahar 1998: 64) Die unmittelbare Einführung marktbestimmter Zinssätze wirkt also potentiell dem übergeordneten Ziel einer makroökonomischen Stabilisierung entgegen.

Betrachtet man besonders die empirischen Grundlagen der zehn Forderungen, so stellt sich schnell heraus, daß der Washington Consensus auf lange Sicht kein Allheilmittel für die Länder Lateinamerikas sein konnte, auch wenn an Grundsätzen wie einer Deregulierung der Märkte – besonders ist hierbei auch daran zu denken, daß so zugleich die Korruption effektiv eingeschränkt werden kann – natürlich kaum etwas auszusetzen ist. Ein Zurückführen der Haushaltsdefizite auf 1 bis 2% des BIP hingegen stellt selbst für die meisten Industrieländer einen Wunschtraum dar, der im besten Fall ein sehr langfristiges Ziel für Lateinamerika bleiben kann, an dem sich jedoch eine auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum bedachte Wirtschaftspolitik kaum orientieren sollte. Die Etablierung eines marktbestimmten, positiven Zinssatzes war angesichts der mitunter galoppierenden Inflation in einigen Ländern Lateinamerikas kaum ein realistisches Mittel, um eine makroökonomische Stabilisierung herbeizuführen, sondern höchstens im Rahmen einer bereits erfolgten Stabilisierung eine realistische Konsequenz.¹⁷ Während alle Maßnahmen also auf den ersten Blick durchaus vielversprechend aussehen, ergeben sich bei der konkreten Umsetzung und Bewertung ihrer Wirksamkeit jedoch in allen zehn Fällen Probleme.¹⁸

Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum beginnt im Inland und ist in erster Linie auf eine hohe Sparquote relativ zum BIP und darauf aufbauend produktivitätssteigernde Investitionen in Sach- und Humankapital angewiesen.¹⁹ Diese zwei zentralen Aspekte werden im Washington Consensus unter Punkt 2 zwar angesprochen, jedoch nur als eine von zahlreichen Maßnahmen. Der herausragenden Bedeutung dieser beiden Gesichtspunkte wird damit nicht genügend Rechnung getragen, so daß u.U. weniger wichtige Aspekte, wie eine Exportstrategie, in den Vordergrund treten und dabei den Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität im Inland die in lateinamerikanischen Staaten generell knappen Ressourcen streitig machen.

¹⁷ Für einen knappen Überblick über die Inflationsraten in einigen lateinamerikanischen Ländern vor erfolgter Stabilisierung siehe Rodrik (1996: 26, Table 7).

¹⁸ Auf eine Darstellung der Kritik zu jedem einzelnen Punkt wurde dabei hier verzichtet, da eine solche umfassende Bestandsaufnahme den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

¹⁹ Diese beiden Faktoren wiederum reichen nicht ganz aus, um die unterschiedlichen Produktivitätsniveaus in verschiedenen Ländern zu erklären. Hall und Jones (1999: 113f.) stellen fest: „Countries produce high levels of output per worker in the long run because they achieve high rates of investment in physical capital and human capital and because they use these inputs with a high level of productivity. Our empirical analysis suggests that success on each of these fronts is driven by social infrastructure. A country's long-run economic performance is determined primarily by the institutions and government policies that make up the economic environment within which individuals and firms make investments, create and transfer ideas, and produce goods and services.“

Weitere Punkte, die kritisch zu sehen sind, sind besonders der „*one size fits all*“-Ansatz, der in keinster Weise auf die spezifischen Voraussetzungen der unterschiedlichen lateinamerikanischen Staaten eingeht, sowie das Fehlen jeglicher Aussage zur Abfolge und den anzustrebenden Umsetzungsfristen der Maßnahmen, dem „*sequencing*“. Da viele der Maßnahmen deutliche *trade-offs* mit sich bringen, stellt sich besonders in Hinblick auf die politische Durchsetzbarkeit schnell die Frage, ob alle Maßnahmen am besten sofort und parallel umgesetzt werden sollten, oder ob ein gradueller Übergang über einen Zeitraum von vielleicht zehn oder mehr Jahren bei zunächst starker Konzentration auf bestimmte Bereiche eher ratsam ist. Naím (2000: 88) beschreibt sozusagen als Antwort hierauf die zwar pragmatische, jedoch weitgehend unbefriedigende Lösung, mit der viele Länder Lateinamerikas auf diese Fragestellung geantwortet haben: „[T]he way these countries interpreted such ideas varied substantially, and how they chose to implement them did even more so.“

1994 unternahm Williamson einen Versuch, anhand von Fallbeispielen generelle Regeln für die erfolgreiche Umsetzung wirtschaftlicher Reformmaßnahmen zusammenzutragen.²⁰ Seine Frage lautet dabei, welche politischen Rahmenbedingungen gegeben sein müssen, damit Reformen überhaupt Aussicht auf Erfolg haben können. Trotz einer umfangreichen Auswertung der Daten muß er letztlich eingestehen: „It is obvious at a glance that there are no fully robust empirical generalizations [...]. None of the 15 hypotheses investigated was either necessary or sufficient for a successful reform.“²¹ Neben das Problem, daß viele der zehn Maßnahmen des Washington Consensus einer eingehenden Betrachtung in bezug auf ihren Beitrag zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum kaum standhalten, tritt also zudem die Schwierigkeit, daß bereits die politischen Vorbedingungen, unter denen Reformen eingeleitet und letztlich auch konsequent umgesetzt werden können, nicht klar identifizierbar sind.

4. Die Verwandlungen des Washington Consensus in den 1990er Jahren

4.1 Erste Ergebnisse des Washington Consensus

Betrachtet man kurz die am besten sichtbaren Konsequenzen der Umsetzung einiger Maßnahmen des Washington Consensus, so ergibt sich ein z.T. recht erfreuliches Bild. Die Inflation, die in den 1980er Jahren in Lateinamerika wild um sich griff, konnte wirksam eingedämmt werden. Die Weltbank führt darüber hinaus in dem 2000 erschienenen World Development Report 2000/2001 drei Studien aus dem Jahr 1997 an, die die Auswirkungen

²⁰ Williamson (1994)

²¹ Williamson und Haggard (1994: 589)

der Reformen der 1990er Jahre auf das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika beschreiben.²² Alle drei Studien kommen zu dem Ergebnis, daß sich die Reformen positiv auf das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika ausgewirkt haben, stellen aber lediglich zusätzliche Pro-Kopf-Zuwächse des BIP in Höhe von etwa 1,5 bis 2 Prozentpunkten fest. Zu bemerken ist dabei, daß einige Länder, wie Argentinien und Peru, mehr von den Reformen profitiert haben als z.B. Brasilien und Costa Rica, doch bleibt unter dem Strich festzuhalten, daß die Reformerfolge absolut gesehen enttäuschend sind. Selbst die einmalig zu erwartenden Gewinne aus Marktöffnungen wurden bis 1997 nicht vollkommen realisiert, und von einem langfristig besseren Wachstumstrend kann basierend auf dem vorliegenden Zahlenwerk noch viel weniger die Rede sein.

4.2 Neue Herausforderungen und Aspekte

Nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen bereits angesprochenen Probleme geriet der Washington Consensus in den 1990er Jahren schnell in die Kritik. Ein zweites, nicht direkt verbundenes Phänomen gesellte sich zudem alsbald hinzu: die weitgehende Verselbständigung des Begriffs „Washington Consensus“. Zum einen führte der Ausdruck schon bald ein mitunter verwunderliches Eigenleben und wurde in einigen Kreisen dabei als Inbegriff eines kaltherzigen Marktfundamentalismus gebrandmarkt, zum anderen wurde die ursprüngliche Agenda laufend erweitert und überarbeitet. Die Umstände, unter denen sich der Ausdruck „Washington Consensus“ schon bald nach seinem Debüt verselbständigte, beschreibt Naím (2000: 88) wie folgt:

„The term Washington Consensus soon acquired a life of its own, becoming a brand name known worldwide and used independently of its original intent and even of its content. How could such a wonkish moniker have become so popular? For starters, the formulation of the Washington Consensus in the late 1980s coincided with the sudden collapse of the Soviet system. The disenchantment with socialist ideas and central planning, which had likewise pervaded many developing countries outside the Soviet bloc, created an urgent and widespread need for an alternative set of ideas on how to organize economic and political life.“

Williamson (2000: 255) hat selber eine umfassende Liste mit Beispielen zusammengestellt, in der der Ausdruck Washington Consensus aus seiner Sicht vollkommen falsch verwendet wird. Er schreibt: „In none of these examples is my phrase used in the sense that I originally intended. On the contrary, when I coined the term in 1989, the market fundamentalism of Reagan’s first term had already been superseded by the return of rational policymaking, and one could discern which ideas were going to survive and which were not.“²³

²² World Bank (2000: 64)

²³ Williamson (2000: 255)

Obwohl die Diskussion um den Washington Consensus durchaus durch die unterschiedlichen Auslegungen des Begriffs geprägt wurde, die alternativen Bedeutungen aber, in denen er meist im Sinne eines Marktfundamentalismus verwendet wurde, die Einstellung Washingtons in bezug auf die Entwicklungspolitik nicht korrekt widerspiegeln, wird im folgenden auf eine nähere Erläuterung der Debatte um den Begriff verzichtet.

Viel wichtiger als eine Diskussion über einzelne Wörter und ihre Verwendung ist für eine Analyse der amerikanischen Entwicklungspolitik zu Beginn der 1990er Jahre ein Blick auf diejenigen Aspekte, die keinen Eingang in den Washington Consensus gefunden haben. Die Liste der nicht berücksichtigten Gesichtspunkte ist dabei erstaunlich lang.²⁴ Naím (2000: 91-96) hat zur Erstellung einer solchen die Evolution des Denkens über Entwicklungspolitik in Washington und anderen Teilen der Welt unter vier Überschriften subsumiert: „The Discovery of Economic Orthodoxy“, „The Discovery of Institutions“, „The Discovery of Globalization“ und „The Re-Discovery of Underdevelopment“.

Die erste Überschrift umschreibt dabei mehr oder weniger die erste Phase des Washington Consensus, in der die zehn ursprünglichen Empfehlungen noch wenig Konkurrenz durch andere Aspekte fürchten mußten. In der Folge des Aufstandes der Zapatisten in Mexiko zu Beginn des Jahres 1994 allerdings wurde der Welt klar vor Augen geführt, daß wirtschaftliche Reformen alleine nicht genug sein würden, um ein Land auf den Weg zu mehr Wohlstand zu führen. Institutionen, von North (1990: 97) als „the humanly devised constraints that structure political, economic and social interaction“ beschrieben, rückten plötzlich in den Mittelpunkt des Interesses. Besonders solche Institutionen, die Verlierer der Reform, sprich: in erster Linie die Armen im Land, entschädigen können und diejenigen, die wie etwa ein verlässliches Justiz- und Polizeisystem der Allgemeinheit zu Gute kommen, wurden bald von allen Seiten gefordert. Der Washington Consensus selbst hatte nur nach sicheren Eigentumsrechten verlangt,²⁵ in seiner Forderung nach weitgehendem staatlichem Minimalismus aber übersehen, daß einige Länder in bestimmten Bereichen eher zu wenige als zu viele Staatsaktivitäten vorzuweisen hatten.²⁶ Es stellte sich nun auch heraus, daß allein der Abbau von Investitionsschranken kaum ausländische Investoren an-

²⁴ Williamson (1990c) beschreibt im Ausgangstext der Diskussion selber bereits ausführlich einige Punkte, die in Washington zu jener Zeit zwar diskutiert wurden, die aber nicht konsensfähig waren.

²⁵ Der Vollständigkeit halber soll an dieser Stelle darauf verwiesen sein, daß auch die Forderungen nach „guten“ Investitionen, die unter 2. im Konsens aufgelistet sind, vielfach auf eine Stärkung der institutionellen Basis eines Landes hinauslaufen, so etwa wenn es sich um Investitionen in Infrastruktur oder Bildung handelt.

²⁶ Für eine ausführliche Darstellung dieser Position siehe Streeten (1993). Die Rolle, die Institutionen bei der wirtschaftlichen Entwicklung zukommt, wird in Nelson und Sampat (2001) diskutiert.

ziehen würde, solange zugleich bspw. der Betrieb der Häfen im Land von Ineffizienz und Korruption geprägt war.

Der nächste Schritt in der Diskussion war von einem anderen Schlagwort geprägt: Globalisierung. Zu denken ist dabei in erster Linie an die Globalisierung der Kapitalflüsse, die in den 1990er Jahren zahlreichen Entwicklungsländern mehr als einmal in Form von Währungs- und Bankenkrisen einen Strich durch ihre Rechnung zur wirtschaftlichen Entwicklung gemacht haben. Hervorzuheben sind hier besonders die Peso-Krise Mexikos 1995 sowie die Asienkrise ab 1997, die viele der betroffenen Länder um die Erfolge vieler harter Reformjahre gebracht haben. Die Frage, ob eine Öffnung der Finanzmärkte nach außen eine gute Idee sei, trat dabei immer mehr in den Vordergrund. Viele Länder hatten im Rahmen ihrer Reformmaßnahmen nicht nur den langfristigen Kapitalverkehr liberalisiert, sondern auch – entgegen der Aussagen des ursprünglichen Washington Consensus – den kurzfristigen. Williamson (1990c: 14) hielt in der Urfassung des Konsenses zwar fest: „In particular, there is relatively little support for the notion that liberalization of international capital flows is a priority objective for a country that should be a capital importer and ought to be retaining its own savings for domestic investment“, ganz konsequent vertrat er diese Linie allerdings nicht, denn „[h]e conceded to Stanley Fischer that his discussion of interest rate policy would have been better phrased in terms of financial liberalization.“²⁷ An diesem für viele sicherlich irreführenden Zugeständnis, das in Folge einer Diskussion über die zehn Punkte gemacht wurde, hielt Williamson (1990b: 405) denn auch fortan fest und bewertete so z.B. die Maßnahmen lateinamerikanischer Staaten zur „financial liberalization“ in den 1980er Jahren anstelle derjenigen im Bereich der „interest rates“.²⁸ Auch in Williamson (2000: 253) hält er an der Formulierung „financial liberalization“ anstelle des ursprünglichen „interest rates“ fest. Wie unglücklich dieser Schwenk war, läßt sich zwar nicht quantifizieren, jedoch erahnen. Betrachtet man die Maßnahmen reformwilliger Länder im Bereich der Kapitalverkehrsliberalisierung genauer, so stellt man schnell fest, daß viele vermeintlich „im Sinne des Washington Consensus“ gehandelt haben. Eine der Maßnahmen in „financial liberalization“ umzubenennen, hat sicherlich nicht dazu beigetragen, daß Staaten ihren Finanzsektor zögerlicher reformiert und geöffnet haben, als das sonst der Fall gewesen wäre.²⁹ Ein freies Spiel der Marktkräfte im Finanzsektor wurde oft als viel

²⁷ Williamson (1990a: 38)

²⁸ Die vollständige Ersetzung des Ausdrucks „interest rates“ durch „financial liberalization“ findet sich z.B. in Williamson (1993: 1332).

²⁹ Über die Frage der Vor- und Nachteile einer Kapitalverkehrsliberalisierung ist inzwischen ein erbitterter Streit entbrannt. Besonders Joseph Stiglitz, ehemals Chef-Ökonom der Weltbank, hat sich hier deutlich zu Wort gemeldet und dabei besonders die Praktiken des IWF wiederholt massiv angegriffen; siehe Stiglitz

weniger gefährlich angesehen als es sich in den zahlreichen Krisen der 1990er Jahre letztlich erwiesen hat.

Die vierte Überschrift schließlich, „The Re-Discovery of Underdevelopment“, verweist auf die Mängel, die dem Washington Consensus vor allem im sozialen Bereich zugeschrieben werden können. Die rein wirtschaftlich ausgerichtete Reformagenda, die darauf vertraute, daß mit den Worten John F. Kennedys ein steigender Wasserpegel alle Boote anheben würde, erwies sich besonders auch angesichts der schwerwiegenden Finanzkrisen in vielen Entwicklungsländern als politisch kaum durchsetzbar. Korruption und die mitunter enorm ungleiche Einkommensverteilung in Lateinamerika trugen ebenso dazu bei, daß die guten Reformabsichten letztlich mitunter doch nur Partikularinteressen erfüllten. Auch wenn sich die Einsicht durchgesetzt hat, daß ein solides makroökonomisches Fundament eine unabdingbare Voraussetzung für Wohlstand und Prosperität eines Landes ist, so wird neuerdings doch stets zugleich ergänzt, daß wirtschaftliche Reformen nur ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Wohlstand und höherer wirtschaftlicher Entwicklung sein können. Zudem finden auch Themen wie Umweltschutz, Arbeitsstandards und die Demokratisierung der Entwicklungsländer wieder Eingang in die Diskussion. Andere Erklärungsansätze, die lange Zeit als tabu galten, wie etwa eine weitgehende wirtschaftliche Machtlosigkeit gegenüber äußeren Einflüssen seitens der Staaten, die bspw. keinen Zugang zu Seehäfen haben, erweitern die Diskussion in letzter Zeit ebenso um weitere Facetten.³⁰

Vielen der zuvor genannten Aspekte liegt eine Einsicht zugrunde, die die Weltbank wie folgt zusammenfaßt:

„In many cases the reforms [that form part of the Washington Consensus] are straightforward “first-generation” reforms, such as stabilizing from high inflation, moderating chronic budget deficits, and dismantling the most egregious trade barriers. Consolidating the gains from these reforms often requires institution building in much more difficult areas, such as developing an independent judiciary, creating independent and effective regulatory agencies, and instilling professionalism in the public sector. Such “second-generation” reforms are not only much more complex and take much more time—they are also often likely to be opposed by powerful and entrenched interests.“³¹

(1998a, 1998b, 2000) sowie für eine Relativierung der Kritik Stiglitz' Standing (2000). Eine frühere, aber nicht weniger hitzige Attacke gegen den IWF und sein Verhalten besonders in bezug auf die Reformmaßnahmen in Rußland findet sich in Sachs (1994).

³⁰ Vgl. hierzu besonders die ausführliche Darstellung in Hausmann (2001).

³¹ World Bank (2000: 64)

5. Der Washington Consensus im Jahr 2001

Kaum ein anderes Paradigma zur wirtschaftlichen Entwicklung konnte sich weltweit sowohl bei den Industriestaaten als auch bei Entwicklungsländern so lange so großer wenn nicht Beliebtheit, so doch Beachtung erfreuen wie der Washington Consensus. Vor allem zu Beginn der 1990er Jahre war der Ansatz weitgehend unumstritten, wie Broad und Cavanagh (1999: 1) überspitzt festhalten: „The power of the Consensus over development thought as well as practice in the 1980s and 1990s is hard to overstate. A once-vibrant debate about development all but disappeared as the Consensus took on almost religious qualities.“ Anzumerken bleibt, daß der nach außen hin recht starr wirkende Washington Consensus dabei in der Praxis mehr Veränderungen unterlag, als es zunächst den Anschein haben mag, so daß die Rede von „dem Washington Consensus“ mitunter in die Irre führen kann. Naím (2000: 91) porträtiert diesen Umstand sehr anschaulich:

„Throughout the [1990s], policy makers in the reforming countries saw how the bar defining success kept being lifted and how the changes they were expected to make became increasingly complex and, sometimes, politically impossible. Presidents and finance ministers also saw how their apprehensions were denounced as evidence of their ignorance or lack of political will, while the shifting requirements coming from Washington and Wall Street were presented as reasonable changes resulting from the incorporation of the lessons of experience. Common wisdom was simply “evolving.” Resistance to reforms was derided as “populism.”“

Auch heute, mehr als zehn Jahre nachdem der Begriff geprägt wurde, wird das Konzept des Washington Consensus noch immer in zahlreichen Veröffentlichungen aufgegriffen. Dabei ist allerdings zu beobachten, daß die Zeit nicht spurlos an den zehn Maßnahmen des Konsenses vorbeigegangen ist. In jüngster Zeit häufen sich insbesondere die Publikationen, die die Entstehung eines „Post-Washington Consensus“ anmahnen.³² Ob ein solcher zustande kommen wird, scheint gegenwärtig mehr als fraglich. Ein auch nur annähernder Konsens in bezug auf die Entwicklungspolitik läßt sich in Washington gegenwärtig nicht ausmachen. Besonders der IWF und die Weltbank sind in Grabenkämpfe verstrickt und schieben sich gegenseitig die Schuld für gescheiterte Projekte zu.³³ Die Erweiterung der Agenda um Aspekte wie Demokratisierung und Umweltschutz sind ebenso heftig umstritten, und auch die Regulierung besonders des kurzfristigen Kapitalverkehrs bereitet den Experten unverändert Kopfzerbrechen. Im Jahr 2001 gilt unter dem Strich zudem leider nach wie vor die ernüchternde Feststellung von Krugman und Obstfeld (2000: 716): „Explaining why some countries remain poor and which policies can promote economic growth remains one of the most important challenges in economics.“

³² Siehe hierzu bspw. Gore (2000), Kolodko (1999) sowie Stiglitz (1998a, 1998b).

³³ Für eine knappe Darstellung der Zerstrittenheit siehe Naím (2000: 95).

Noch immer ist es nur in Ansätzen gelungen, die Faktoren, die zu wirtschaftlicher Entwicklung führen, in ihrem Zusammenwirken zu erklären, so daß eine Empfehlung bestimmter selektiver Maßnahmen oft eher einem Stochern im Dunkeln gleichkommt als einer fundierten Empfehlung, auf die die Welt langfristig bauen kann. Andere schließlich sind sogar froh, daß ein neuer Konsens nicht in Sicht ist, denn, so halten sie fest: „If there is any lesson from these past two decades, it is that it is dangerous to have an elite consensus on development.“³⁴

Trotz aller Kritik am Washington Consensus bleibt abschließend festzuhalten, daß sich die von Williamson angestoßene Diskussion als durchaus fruchtbar erwiesen hat und einer ihrer Hauptverdienste darin besteht, den Bereich *development economics* wieder in den wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream zurückgeführt zu haben. Die knappe Darstellung von zehn Maßnahmen für wirtschaftliche Reformen wurde zwar den unterschiedlichen Erfordernissen der einzelnen Länder Lateinamerikas nicht immer gerecht, doch hat sie geholfen, bei vielen Beteiligten sowohl in den Entwicklungs- als auch den Industrieländern den Blick für wesentliche Maßnahmen zu schärfen.

³⁴ Broad und Cavanagh (1999: 7)

A. Literaturverzeichnis

- Ariff, Mohamed und Ahmed M. Khalid (2000): *Liberalization, Growth and the Asian Financial Crisis: Lessons for Developing and Transitional Economies in Asia*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Broad, Robin und John Cavanagh (1999): „The death of the Washington consensus?“, *Conference Paper*, <http://www.focusweb.org/conference/docu/papers/paper28.zip>, [13.07.01].
- Caves, Richard E., Jeffrey A. Frankel und Ronald W. Jones (1999): *World Trade and Payments: An Introduction*, 8th ed., Reading, MA: Addison-Wesley.
- Cross, Rod und Douglas Strachan (2001): „Three Pillars of Conventional Wisdom“, *Review of Political Economy*, 13 (2): 181-200.
- Dornbusch, Rudiger und Alejandro Reynoso (1993): „Financial Factors in Economic Development“, in: Dornbusch, Rudiger (Hrsg.): *Policymaking in the Open Economy: Concepts and Case Studies in Economic Performance*, New York: Oxford University Press.
- Edwards, Sebastian (1993): „Openness, Trade Liberalization, and Growth in Developing Countries“, *Journal of Economic Literature*, 31(3), September: 1358-1393.
- Edwards, Sebastian (1997): „Openness, Productivity and Growth: What Do We Really Know“, *NBER Working Paper No. 5978*, Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Fry, Maxwell J. (1997): „In Favour of Financial Liberalisation“, *The Economic Journal*, 107 (May): 754-770.
- Gore, Charles (2000): „The Rise and Fall of the Washington Consensus as a Paradigm for Developing Countries“, *World Development*, 28(5): 789-804.
- Gould, David und Roy Ruffin (1995): „Human Capital, Trade, and Economic Growth“, *Weltwirtschaftliches Archiv*, 131: 425-445.
- Hall, Robert E. und Charles I. Jones (1999): “Why do some countries produce so much more output per worker than others?”, *The Quarterly Journal of Economics*, February: 83-116.
- Hausmann, Ricardo (2001): „Prisoners of Geography“, *Foreign Policy*, January-February: 45-53.
- Kolodko, Grzegorz W. (1999): „Transition to a market economy and sustained growth. Implications for the post-Washington consensus“, *Communist and Post-Communist Studies*, 32: 233-261.
- Krugman, Paul (1995): „Dutch Tulips and Emerging Markets“, *Foreign Affairs*, 74(4), July-August: 28-44.

- Krugman, Paul und Maurice Obstfeld (2000): *International Economics: Theory and Policy*, 5th international ed., Reading, MA: Addison-Wesley.
- Meurs, Mieke (2000): „Are Markets Like Mushrooms? and other Neoliberal Quandries“, *Review of Radical Political Economics*, 32(3): 461-469.
- Naím, Moisés (2000): „Washington Consensus or Washington Confusion?“, *Foreign Policy*, Spring: 86-103.
- Nelson, Richard R. und Bhaven N. Sampat (2001): „Making sense of institutions as a factor shaping economic performance“, *Journal of Economic Behavior & Organization*, 44: 31-54.
- North, Douglass C. (1991): „Institutions“, *Journal of Economic Perspectives*, 5(1), Winter: 97-112.
- Rodrik, Dani (1996): „Understanding Economic Policy Reform“, *Journal of Economic Literature*, 34, March: 9-41.
- Rodrik, Dani (1999): *The New Global Economy and Developing Countries: Making Openness Work*, Overseas Development Council Policy Essay No. 24, Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Rodrik, Dani (2001): „Trading in Illusions“, *Foreign Policy*, March-April: 54-62.
- Sachs, Jeffrey (1994): „Life in the Economic Emergency Room“, in: Williamson, John (Hrsg.): *The Political Economy of Policy Reform*, Washington, D.C.: Institute for International Economics, S. 503-523.
- Standing, Guy (2000): „Brave New Words? A Critique of Stiglitz’s World Bank Rethink“, *Development and Change*, 31: 737-763.
- Stiglitz, Joseph E. (1998a): „More Instruments and Broader Goals: Moving Toward the Post-Washington Consensus“, 1998 WIDER Annual Lecture, Helsinki, Finland, 7. Januar.
- Stiglitz, Joseph E. (1998b): „Towards a New Paradigm for Development: Strategies, Policies, and Processes“, 1998 Prebisch Lecture at UNCTAD, Genf, 19. Oktober.
- Stiglitz, Joseph E. (2000): „Capital Market Liberalization, Economic Growth, and Instability“, *World Development*, 28(6): 1075-1086.
- Streeten, Paul (1993): „Markets and States: Against Minimalism“, *World Development*, 21(8): 1281-1298.
- Williamson, John (1990a): *Latin American Adjustment: How much has happened?*, Washington, DC: Institute for International Economics.
- Williamson, John (1990b): „The Progress of Policy Reform in Latin America“, in ders. (Hrsg.): *Latin American Adjustment: How much has happened?*, Washington, DC: Institute for International Economics, S. 351-420.

- Williamson, John (1990c): „What Washington Means by Policy Reform“, in ders. (Hrsg.): *Latin American Adjustment: How much has happened?*, Washington, DC: Institute for International Economics, S. 7-20.
- Williamson, John (1993): „Democracy and the “Washington Consensus”“, *World Development*, 21(8): 1329-1336.
- Williamson, John (Hrsg.) (1994): *The Political Economy of Policy Reform*, Washington, D.C.: Institute for International Economics.
- Williamson, John (2000): „What Should the World Bank Think about the Washington Consensus?“, *World Bank Research Observer*, 15(2), August: 251-264.
- Williamson, John und Stephan Haggard (1994): „The Political Conditions for Economic Reform“, in: Williamson, John (Hrsg.): *The Political Economy of Policy Reform*, Washington, D.C.: Institute for International Economics, S. 527-596.
- Williamson, John und Molly Mahar (1998): „A Survey of Financial Liberalization“, *Essays in International Finance*, 211, Princeton University, Princeton, N.J.
- World Bank (1993): *The East Asian Miracle: Economic Growth and Public Policy*, World Bank Research Report, Washington, D.C.: World Bank.
- World Bank (2000): *World Development Report 2000/2001: Attacking Poverty*, New York: Oxford University Press.